



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Der neue König von Württemberg.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der neue König von Württemberg.

Aus Schwaben, Ende Juli.

Seit fünf Wochen leben wir in einer neuen Aera — in einer neuen Aera mit den alten Personen. Bis jetzt ist dem Thronwechsel noch keine Veränderung in den höchsten Stellen gefolgt; Furcht und Hoffnung haben noch den weitesten Spielraum. König Karl regiert mit den Räten des Königs Wilhelm, und somit ist vor der Hand alles beim Alten.

Die Erwartungen des Volks waren übrigens in erster Linie gar nicht auf politische Veränderungen gegangen. Das lebhafteste Interesse galt vielmehr der Persönlichkeit des neuen Monarchen. Es klingt sonderbar, aber der Kronprinz, der seine 41 Jahre meist in der Hauptstadt zugebracht hatte, war doch beinahe völlig unbekannt geblieben. Niemand wußte Zuverlässiges über seine Befähigung, über seine Neigungen, über die Erwartungen, zu denen er berechnete, anzugeben. Von denjenigen, die in einige Berührung mit ihm gekommen waren, hörte man widersprechende Urtheile. So viel ist gewiß, daß der Kronprinz nirgends weder einen bedeutenden, noch einen besonders gewinnenden Eindruck gemacht hatte. Man glaubte Mangel an Sicherheit, an Geistesgegenwart an ihm zu bemerken, er schien schüchtern und eher ein Freund der Zurückgezogenheit als öffentlichen Auftretens. Noch in Rissingen, wo er zur Zeit des Todes seines Vaters eben verweilte, contrastirte das fast scheue Wesen des Kronprinzen von Württemberg lebhaft mit dem jugendlich unbefangenen, ungezwungenen Benehmen des jungen Königs von Bayern. Dies war nun freilich zum Theil Familieneigenschaft oder Tradition des württembergischen Hauses. Eigentliche Popularität war an unsrem Hofe nie zu Hause. Der verstorbene König besaß zwar Weltflugheit und Welterfahrenheit genug, um überall seine Stelle auszufüllen, er hatte etwas Schlichtes, Bürgerliches, das ihn, wo er wollte, mit jedermann leicht verkehren ließ. Allein jenen herzlichen Ton zwischen Fürst und Volk, wie er den Fremden z. B. in München so angenehm berührte, suchte man doch hier vergebens. Die Etikette wurde hier strenger gehandhabt als an manchem größeren Hof, so daß dies selbst den russischen Verwandten auszufallen pfliegte. Und eher mochte es auswärts, Fremden gegenüber, vorkommen, daß König Wilhelm auf Augenblicke die fürstliche Stellung vergaß, als gegenüber den eigenen Unterthanen. Diese waren also nicht eben verwöhnt, wenn es dem Kronprinzen an der Gabe der Popularität gebrach. Allein es kam noch ein Anderes hinzu, was jene Richtung, wenn sie dem Kronprinzen angeboren war, noch steigern mußte. König Wilhelm wahrte streng seine königliche Prerogative

gegen Jedermann, auch gegen den Thronerben. Dieser wurde in einer Abhängigkeit gehalten, die mit den zunehmenden Jahren unnatürlich wurde. Mit einer Art von Eifersucht wachte der Vater darüber, daß der Sohn nicht an etwas rühre, was ihm zukam. Er selbst hatte in seiner Jugend es bitter empfinden müssen, von einem harten despotischen Vater mit Ungunst und offener Zurücksetzung behandelt zu werden. Freilich hatte nun König Wilhelm nicht die gewaltthätige Art seines Vorgängers. Gleichwohl versiel er seinem Sohne gegenüber mehr und mehr in denselben Fehler, unter dem er einst selbst hatte leiden müssen. Es war dem Kronprinzen nicht vergönnt, irgendwie in die Deffentlichkeit herauszutreten, im Voraus die Bande zu knüpfen, auf deren Festigkeit denn doch zumeist die Sicherheit der Throne ruht, oder gar an den Staatsgeschäften einen Antheil zu nehmen. Letzteres hätte zumal in den nächstverflossenen Jahren nahe gelegen, als König Wilhelm die Schwächen des Alters empfand und mehrmals einen längeren Aufenthalt außer Landes nehmen mußte. Aber gerade dann sorgte er ängstlich dafür, daß dem Thronerben so wenig Einfluß als möglich auf die Staatsgeschäfte eingeräumt wurde. So lebte dieser in einer Zurückgezogenheit, die mit den Jahren peinlich werden mußte. Zu seiner natürlichen Scheu gesellte sich die begründete Sorge, nicht in irgendeiner Weise hervorzutreten, die vom Vater mißdeutet werden konnte. Er blieb seinem Vande fremd, und nirgends sah man dem Thronwechsel, auf den man seit längerer Zeit gefaßt sein mußte, mit besonderen Erwartungen entgegen.

Man darf sagen, daß die wenigen Wochen der neuen Regierung hingereicht haben, um die ungünstigen Vorurtheile, die dem neuen König entgegenstanden, zum großen Theil zu beseitigen. Seine Persönlichkeit hat, wo er bis jetzt Gelegenheit hatte sich zeigen, einen guten Eindruck gemacht. Man findet sein Auftreten natürlich, taktvoll, selbständig. Eine aufrichtige Natur, wohlwollend, von guten Absichten beseelt, männlich, wenn auch nicht eben imponirend, dies ist der allgemeine Eindruck. Dabei findet man, daß er in den langen Jahren seiner kronprinzlichen Muße seine Kenntnisse tüchtig erweitert und von den Zuständen des Landes ein eingehendes Verständniß erworben hat, wie man es kaum erwartet hatte. Was freilich bis jetzt noch nicht hervorgetreten ist oder sich bewährt hat, ist seine politische Gesinnung.

So lange er Kronprinz war, herrschte die Meinung, seine Gemahlin, bekanntlich eine Tochter des Kaiser Nikolaus, übe bestimmenden Einfluß auf ihn aus, und mit seinem Regierungsantritt werde russischer Einfluß ans Ruder kommen. Allein es war dies mehr eine Sage, die in Aller Munde war, aber sich auf keine positiven Thatsachen stützen konnte, und bis jetzt auch durch nichts bestätigt worden ist. Einen Schluß auf die politische Richtung des Königs kann man bis jetzt nur aus seinen politischen Rathgebern ziehen, und dieser Schluß lautet allerdings nicht sehr günstig. Schon dem Kronprinzen stand

der Präsident des Geheimenraths, Herr v. Neurath, besonders nahe, eine ehrenwerthe, aber stockadlige, Oestreich ergebene Persönlichkeit. Herr v. Neurath war nun zwar schon die Seele der Regierung des früheren Königs, seinem Einfluß war z. B. namentlich die Haltung Württembergs in der Zollvereinsfrage zu verdanken. Aber es folgt daraus noch keineswegs, daß nun einfach alles beim Alten bleibt. Die Minister hatten zuletzt ihre festeste Stütze doch nur darin, daß der altgewordene König seine Råthe nicht mehr wechseln wollte. Herr v. Neurath stand nicht immer zum Besten mit Herrn v. Linden. Und so lag die Vermuthung nahe, daß unter den Auspicien des Herrn v. Neurath nunmehr ein reines Adelsministerium das bisherige, trotz Linden und Hügel doch wesentlich bürgerliche Ministerium ablösen werde. An Candidaten zu diesem Zukunftsministerium fehlt es nicht. Die Jugendfreunde des Königs warten auf große Dinge, und es soll gegenwärtig am Hof ein erbauliches Rennen, ein wahres Wettjagen nach den noch gar nicht erledigten Portefeuilles sein. Ich weiß nicht, mit welchem Rechte die öffentliche Meinung den Namen des Freiherrn v. Varnbühler mit diesen auf die Landesbeglückung abzielenden Bestrebungen in Verbindung bringt. In jedem Falle bildet diese glatte, gewandte Diplomatenatur, bekanntlich auch eine Celebrität des seligen Reformvereins, den Uebergang zu einer zweiten Gruppe von Politikern, welche gleichfalls — mit Recht oder Unrecht — in dem Verdachte stehen, daß sie des Winkes harren, der sie zu den höchsten Stellen berufen soll. Es ist dies eine kleine, nicht eben beliebte Fraction, die sich seit kurzer Zeit in das öffentliche Leben hervorgedrängt hat, meist jüngere Beamte, talentvoll, nicht ohne die nöthige Dosis von Ehrgeiz, deren eventuelle Politik nach innen sich als aufgeklärte Bureaukratie, nach außen als Reformvereinspolitik bezeichnen ließ. Im Volke würde ein Ministerium, aus dieser wie aus jener Gruppe gebildet, gleich wenig Anklang finden. Und es ist außer dem Umstand, daß so vieler von allen Seiten sich herzudrängende Rath einige Ueberlegung erheischt und die Wahl schwer macht, doch auch vielleicht einiges Bedenken vor unpopulären Schritten, was bis jetzt von dem Versuch mit neuen Ministern zurückgehalten hat. Die klugen Rathgeber der Krone können sich doch kaum der Wahrnehmung verschließen, daß gerade der jetzige Moment am wenigsten dazu angethan ist, ernste Conflicte zwischen Regierung und Ständen zu provociren. Man konnte in den letzten Jahren recht gut die Erfahrung machen, daß ein leidliches Verhältniß zwischen diesen beiden Factoren hergestellt die beste Stütze für die Mittelstaaten ist. Daher ist es auch zu erklären, daß dieselben Minister, welche in den fünfziger Jahren die Reaction über das Land verhängten, in den letzten Jahren immer geschmeidiger und gefügiger geworden und jedem drohenden Conflict durch kluges Nachgeben ausgewichen sind. Auch in der schleswig-holsteinischen Frage hat sich die Regierung wenigstens zu verschiedenen Malen den Dank

und die Anerkennung erworben, es war fast mehr als sie verdiente, und noch für ihr letztes Botum am Bunde (den 21. Juli, die Aufforderung an den Prinzen von Augustenburg betreffend), wo sie nicht an der Seite der „befreundeten“ Regierungen, sondern unter der Majorität zu finden war, ist sie glimpflich genug von der Kammer behandelt worden. Daß sie wirkliches Vertrauen genösse, dazu fehlt viel, aber sie läßt doch mit sich reden, sie hat gezeigt, daß sie sich nach den Umständen richtet.

Was das Land vom neuen König erwartet, hat die zweite Kammer in ihrer Antwortadresse auf die Thronrede ausgesprochen.

Die Verfassungsurkunde schreibt vor, daß bei jeder Regierungsveränderung die Stände innerhalb der ersten vier Wochen versammelt werden. Der Huldigungseid wird dem Fürsten erst abgelegt, wenn er in einer den Ständen auszustellenden Urkunde die unverbrüchliche Festhaltung der Verfassung zugesichert hat. Am 25. Juni war König Wilhelm gestorben. Am 12. Juli wurde die Ständeversammlung durch König Karl mit einer Thronrede eröffnet und am 26. Juli wieder vertagt. Ausgefüllt war die kurze Session vornehmlich durch die Berathung der Antwortadressen, die in der zweiten Kammer manches Interessante bot.

Die Rechte und die Linke stehen sich in der Kammer, in der noch 23 Privilegirte, Ritter und Prälaten, ihren Sitz haben, annähernd gleich. Doch gaben einige Nachwahlen der Linken, die wenigstens in inneren Fragen meist zusammenhält, das Uebergewicht. Es gelang ihr, die Adresscommission in ihrem Sinn zu besetzen, Hölder war der Referent, und er entledigte sich seiner Aufgabe in höchst anerkennungswerther Weise. In freimüthiger Sprache waren die Desiderien des Landes aufgezählt und dem Regenten ans Herz gelegt. Dabei war die Form so takt- und maßvoll, daß die Rechte sich in ihrem Project eines Gegenentwurfs durchkreuzt sah, nur wenige Angriffspunkte fand und sich in verbissenem Aerger auf kleinliche Ausstellungen werfen mußte; daß die Adresse aus demselben Grund auf den Beifall der extremen Linken, jener kleinen skandalfüchtigen Faction verzichten mußte, welche im „Beobachter“ seit einem halben Jahr ihre wenig beachtete Lärmtrommel rührt, ist selbstverständlich. Der Gang der Berathung und die schließliche Annahme der Adresse, die fast einstimmig erfolgte, war ein entschiedener Triumph Hölders und seiner politischen Freunde.

Es waren der Gravamina manche zu verzeichnen. Verfassungsmäßige Regelung der Preßverhältnisse und des Vereinswesens, Entwicklung des Eisenbahnnetzes, Vereinfachung des öffentlichen Dienstes, Beschleunigung der gesetzgeberischen Arbeiten, insbesondere Durchführung des öffentlichen und mündlichen Rechtsverfahrens, Weiterentwicklung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden und Körperschaften, endlich — mit besonderer Betonung — zeitgemäße Reform

der Verfassung, namentlich in ihren Vorschriften über die Wahlen zur Ständeversammlung und über die Zusammensetzung der letzteren, dies waren der Reihe nach die in Bezug auf die innern Fragen ausgedrückten Wünsche, und dazu kam noch zuletzt ein Paragraph, der von constitutionellem Geist erfüllte Minister verlangte und verständlich genug den jetzigen Rätthen der Krone galt. Ein Amendement, das ein directes Mißtrauensvotum gegen die Minister aussprach, erhielt 13 Stimmen der äußersten Linken. Gegen die Stelle über die Verfassungsreform wehrten sich die privilegierten Ritter und Prälaten mit Händen und Füßen. Gleichwohl mußten auch sie in ihrem Amendement von einer Reform der Verfassung im Allgemeinen reden. Der Kampf wurde hier, wo ein Theil der Anwesenden sich um die eigne Haut wehrte, sehr lebhaft und endigte damit, daß die conservative Minorität es bei der Abstimmung über diesen Passus bis auf 38 Stimmen brachte.

Aber ihr eigentliches Gepräge erhielt die Adresse von den Abschnitten über die schleswig-holsteinische und die deutsche Frage, welche mit Fug und Recht an der Spitze standen. Der Entwurf sprach den Stolz der Nation auf die tapferen Thaten der östreichischen und preussischen Armee aus, verlangte aber „unter gleichzeitiger Sicherstellung der Interessen Gesamtdeutschlands“ die Constituirung Schleswig-Holsteins als selbständigen Staats unter Herzog Friedrich und forderte die Regierung inständig auf, für diese einzig befriedigende Lösung mit Kraft und Nachdruck einzutreten. Hier plagten die Gegensätze in der deutschen Frage aufeinander. Daß der Heere unserer Großmächte rühmend Erwähnung gethan wurde, wurmte Herrn Desterlen, den radicalen Triaspolitiker, der, auf dem Niveau der Beobachterspolitik stehend, sich zum speciellen Anwalt der „reindeutschen“ Politik der Mittelstaaten gegenüber der Sonderpolitik der Großmächte gemacht hat und demgemäß den Zusatzantrag einbrachte: der König wolle auf ein Bündniß der befreundeten Mittelstaaten gegenüber dem Particularismus von Oestreich und Preußen hinwirken. Herr Desterlen stand damit auf einem Standpunkt, der allerdings vor dreiviertel Jahren von wohlmeinenden Politikern eingenommen werden konnte, aber nur allzubald ein Dementi an der Wucht der Thatfachen erhielt. Damals hörte man ja nicht bloß in Süddeutschland die Phrase: Deutschland sei im Lager der Mittel- und Kleinstaaten. Aber wie weit liegen jene Zeiten zurück! Wie ist jene Phrase durch die Thaten von Düppel und Alfen und durch das schrittweise Zurückweichen der Triasgruppe, durch die klägliche Reihe von Bundesbeschlüssen zur bitteren Ironie geworden! Herr Desterlen handelte wahrlich nicht im Interesse seiner Klienten, wenn er an jene schnell verschwundenen Flitterwochen der Mittelstaatenpolitik und damit an die ganze jammervolle Geschichte ihrer Abdication erinnerte. Schon als am 26. Feb. d. J. die Kammer mit kleiner Majorität den v. schadschen Antrag annahm, der ein Bündniß der kleineren Staaten empfahl, geschah dies in so kleinlauter

Weise, daß man den Botanten anfühlte, wie wenig Glauben sie an ihren eigenen Rath hatten. Schon damals kam er um zwei Monate zu spät. Unmöglich konnte die Kammer heute Herrn Desterlen folgen, der, als ob inzwischen nichts geschehen wäre, noch immer in demselben Ideenkreise festsetzt. Vergebens wurde sie bei ihrer Ehre daran erinnert, daß sie ja damals selbst den v. schadschen Antrag angenommen habe. Herr Desterlen erhielt für sein reindeutsches Bündniß sieben ganze Stimmen, der Sturm der Kleinen gegen den großmächtlichen Particularismus war abgeschlagen, nicht aber die Zuversicht des Antragstellers erschüttert. Bei dem Passus über die deutsche Frage war Gelegenheit, dieselbe Melodie wieder aufzuspielen.

Hölder hatte sich bei der gegenwärtigen Lage, die wahrlich nicht zu theoretischen Discussionen über die Bundesreform einladet, auf den einfachsten Ausdruck der unverrückbaren Forderungen der nationalen Partei beschränkt, die sich in den zwei Worten: Gesamtvertretung Deutschlands und Einsetzung einer über den einzelnen Regierungen stehenden Centralgewalt zusammenfassen. Gewiß hatte auch in diesem Augenblick niemand Lust, ein Thema, das hinreichend durchgesprochen ist, von Neuem zu erörtern. Herr Desterlen aber, in dessen Kopf Preußen und Oestreich bereits zum „übrigen Deutschland“ geworden sind, kam auf seine Idee zurück, daß die kleineren Staaten selbständig mit dem Reformwerk beginnen und dadurch einen Kern schaffen müßten, an welchen das übrige Deutschland sich allmählig anschließen könne — offenbar gestützt auf ganz neue, bisher unbekannte physikalische Gesetze, nach welchen kleine lose Körper die Kraft haben, große consolidirte Massen anzuziehen. Die Debatte über diesen Punkt war sehr kurz. Adolf Seeger, der während der ganzen Berathung nur zweimal das Wort ergriff, aber beide Mal seine ganze schneidige Kraft zeigte, erwiderte in schlagenden Sätzen, wies die Triasidee als den Ausfluß eines noch nicht überwundenen Particularismus und des Preußenhasses nach, und Herr Desterlen, der weder zu erwidern noch sein Amendement wieder von sieben Schwaben votiren zu lassen Lust hatte, zog dasselbe vor der Abstimmung zurück. Es war ihm zu gönnen, daß ihm die Vergewaltigung Rendsburgs durch die Preußen noch Gelegenheit zur Beantragung eines feierlichen Protestes gab, der noch in der letzten Sitzung am 26. einstimmig von der Kammer adoptirt wurde. Es ging an diesem Morgen etwas heiß her, und man darf, da das Vertagungsdecret bereits auf dem Tische lag, nicht gerade jedes Wort, das bei solcher Eile entschlüpfte, auf die Goldwage legen.

Absichtlich nichtsagend war der Passus der Adresse über die handelspolitische Krise. Es hatten sich alle Parteien vereinigt, an diese kitzliche Frage gar nicht zu rühren. Wozu hätte auch eine Debatte nützen sollen! Entweder hätte sich das langverhaltene, auf beiden Seiten aufgesammelte Material in einer endlosen, gereizten und doch völlig nutzlosen Berathung entladen, oder man

mußte schweigen. Die Frage ist, ohne ein Votum der württembergischen Kammer über den mohlschen Bericht abzuwarten, endlich glücklich auf dem Punkt angelangt, wohin ihr die Bahn von Anfang an unabänderlich vorgezeichnet war. Das Bündniß Oestreichs und der Mittelstaaten hat sich in gegenseitige Vorwürfe aufgelöst, und die Klügeren unter den Bekämpfern des Handelsvertrags haben sich bei Zeiten zurückgezogen. Sollten nun die Schutzzöllner ihren Gegnern einen leichten Triumph gönnen? Oder sollten die Freunde des Handelsvertrags riskiren, daß noch im jetzigen Augenblick die Mehrheit der württembergischen Kammer mit einem Votum gegen den Vertrag nachhinke? Es war in beider Interesse, so sanft und schnell als möglich über die Frage hinwegzugehen. Die Klärung im Lande ist allerdings im besten Zuge, aber sie ist noch nicht vollendet, und sicher wäre die große Mehrheit der Kammer, die bisher Herrn Mohl aufs Wort glaubte, daß Preußen in letzter Stunde auf die Stimme seiner besorgten Freunde in Süddeutschland hören und reumüthig umkehren werde, in keine geringe Verlegenheit gekommen, gerade jetzt zu einem Ja oder Nein sich entscheiden zu sollen.

Alles in Allem genommen, ist die Adresse der getreue Ausdruck der Wünsche des Landes. Sie zeichnet die Bedingungen, unter welchen der Einzelstaat auch in Zukunft die Fähigkeit und das Recht hat zu existiren. Wird sie in diesem Sinne höchsten Orts verstanden und beherzigt werden? Wir wissen es nicht. Nur so viel hat verlautet, daß der Empfang der Adressdeputation ein auffallend kühler gewesen ist.

7.

## Die Tellenschauspiele in der Schweiz vor Schiller.

Von

E. L. Kochholz.

### Dritter Abschnitt.

Die Zeiten des kirchlichen Schauspiels und des gelehrten Schuldramas. Letzteres arbeitet in der Schweiz dem französischen Kunstdrama vor, und solcher Entstehung sind: Griser, Tragédie 1762 (vom Berner Samuel Henzi). — Guillaume Tell, Tragédie par le Miërre 1767. — Nachtrag über die Namen Griser und Gesler.

Bereits am Schlusse des sechszehnten Jahrhunderts war im deutschen Drama an die Stelle des Volksthümlichen, Gesunden und Thatsächlichen verschrobene